Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 90 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Briefe freibleib., Nachbestellung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fern-Amt Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 47. | Freitag, den 26. Februar 1926. | 84. Jahrgang.

Inland.

Stuttgart, 25. Febr. Zu den Angriffen der „Schwäb. Tagwacht" auf die Stadtverwaltung wird mitgeteilt, daß der Parteisekretär Oster vom Oberbürgermeister lediglich eine Bescheinigung über die Abgabe der Einzeichnungslisten wünschte. Die Ausstellung dieser Bescheinigung war Sache der Registratur. Um eine persönliche Unterredung mit dem Stadtvorstand hat Oster nicht gebeten. Die Vorbereitungen für das Volksbegehren trifft das Statistische Amt bezw. das Wahlamt. Es ist durchaus unberechtigt, von Sabotage zu reden.

Stuttgart, 25. Febr. (Kredite für mittlere und kleinere Industriebetriebe.) Der demokratische Abgeordnete Emil Roth hat an die Regierung eine Kleine Anfrage gerichtet, ob sie bereit wäre, einen größeren Darlehensbetrag für die Gewährung von Krediten bis zu 75 000 Mark an mittlere und kleinere Industriebetriebe zu einem ermäßigten Zinssatz zur Verfügung zu stellen und den Handelskammern die Vorprüfung der Geschäftslage und der Zweckbestimmung der in Rede stehenden Kredite zu übertragen.

Berlin, 25. Febr. Die Stimmung in Berliner Regierungskreisen ist kritisch. Luthers Teilnahme an den Genfer Verhandlungen wird mit der Möglichkeit einer Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesuchs in Zusammenhang gebracht.

Lehrplan für Mittelschulen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Mittelschulen, die nach Art. 2 des Volksschulgesetzes von den Gemeinden eingerichtet werden können, in ihrer bisherigen Form den Anforderungen, die die Gegenwart mit ihren gesteigerten Aufgaben stellt, nicht mehr ganz genügen können. Auch hat es sich als notwendig erwiesen, die Mittelschulen in den Rahmen der Neuordnung des württembergischen Schulwesens hineinzustellen und für sie neue Verbindungen von den Volksschulen her und zu den höheren Schulen hinüber zu schaffen. Es ist deshalb für die Mittelschulen ein Lehrplan aufgestellt worden, der in der nächsten Nummer des Amtsblatts des Kultministeriums veröffentlicht wird und zum erstenmal einheitliche Lehraufgaben für diesen Schulzug festsetzt. Er gilt für die auf der Grundschule aufgebaute fünfklassige Normalform der Mittelschule, die im Rahmen des Volksschulgesetzes eine nach Aufbau, Lehrinhalt und Lehrziel über die Volksschule hinausgehende Schuleinrichtung bildet. Die kleineren nicht ausgebauten Mittelschulen haben sich diesem Plan unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse möglichst anzupassen. Schüler und Schülerinnen, die die 5. Klasse einer ausgebauten Mittelschule mit befriedigendem Erfolg durchlaufen haben, sind bis auf weiteres vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule befreit. Auch hinsichtlich der Handelsschulpflicht werden ihnen gewisse Erleichterungen zugestanden werden. Der neue Lehrplan wird vom Beginn des nächsten Jahrs ab stufenweise in Kraft treten.

Eine völkische Versammlung in München gesprengt.

München, 24. Febr. Eine auf heute abend im großen Hofbräuhaussaal angesetzte Versammlung des Nationalsozialen Volksbundes, in der die Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow und Herr v. Graefe sprechen sollten, wurde von den Anhängern Hitlers gesprengt. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bis zu neun Zehnteln mit Hitler-Anhängern besetzt; als der Versammlungsleiter das Wort dem Grafen Reventlow geben wollte, begann ein Lärmen und Toben, wie wir es in den schlimmsten Zeiten der Revolution kaum erlebten. Esser, der Freund Hitlers — Hitler erschien dann selber im Saal — leitete die Aktion, die schon im „Völkischen Beobachter" angekündigt war. Er verlangte zunächst das Wort zur Geschäftsordnung, und dann begannen Heilrufe auf Hitler und Niederrufe auf das „Verrätergesindel", wie die Hitlerleute den Nationalsozialen Volksbund bezeichnen. In wechselnder Folge wurde der Lärm dann unterbrochen durch das Absingen des Hitler-Liedes. Als diese „Abrechnung" zu Ende war, wurde der Lärm fortgesetzt, sodaß es dem Redner unmöglich war, zu sprechen. Schließlich schloß die Polizei, die in starkem Aufgebot erschienen war, die Versammlung und räumte den Saal. Auf der Straße setzten sich die Kundgebungen für Hitler und gegen den Volksbund fort. Schließlich zogen die Anhänger Hitlers in aufgelöstem Zuge nach dem Restaurant „Blüte", wo sie den Erfolg des Tages besprachen. Die Versammlung bot ein Bild der tiefen inneren Zersetzung der Völkischen Partei. Gegen Kommunisten wären die Hitlerleute sicher nicht so aufgetreten, wie gegen ihre früheren Gesinnungsgenossen.

Unstimmigkeiten auf der Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 25. Febr. Die vorsichtige Fassung des offiziösen Communiqués über die Zusammenkunft der Finanzminister der deutschen Länder vermag den Eindruck der Uneinigkeit nicht ganz zu verbergen. Ueber die Stimmungen in der gestrigen Konferenz erzählt das „Berliner Tageblatt": „Die Teilnahme und das Interesse der verschiedenen Finanzminister und Vertreter der Länder im Reichsrate an dem einleitenden Vortrag des Reichsfinanzministers Reinhold und an der Diskussion waren sehr stark. Der preußische, sächsische und bayerische Finanzminister beteiligten sich an der Aussprache. Es wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welchen die Länder durch die Verminderung der Reichseinnahmen besonders im Jahre 1927 ausgeliefert würden. Dazu kommen für die Länder die Ausgaben für die erhöhte Erwerbslosen-Unterstützung und die neu eingeführte Kurzarbeiter-Unterstützung. Im ganzen ist aber die Debatte ruhig und harmonisch verlaufen. Der neue Leiter der Reichsfinanzen wird im allgemeinen auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit den Fachkollegen der Länder rechnen dürfen."

Die Grundzüge der Reichswahlreform.

Berlin, 25. Febr. Die Wahlreformvorlage des Reichsinnenministers soll, wie der Soz. Pressedienst erfährt, noch vor den Osterferien dem Reichskabinett zugehen. Ueber die Grundzüge der Vorlage haben wir uns bereits vor wenigen Wochen verbreitet. Aus dem, was der Soz. Pressedienst zu berichten weiß, sei noch nachgetragen: Es werden Wahlgebiete in der Größe der jetzigen großen Wahlkreise geschaffen. Diese Wahlgebiete zerfallen dann in Stimmkreise. Auf jeden Stimmkreis entfallen dann etwa 250 000 Seelen. In jedem Stimmkreis wird nur ein Kandidat von jeder Partei aufgestellt. Im Wahlgebiet werden dann die Stimmen aller Kandidaten derselben Partei des Wahlgebiets zusammengezählt und durch 60 000 oder eine höhere Ziffer geteilt. Die Mandate fallen auf diejenigen Bewerber der Partei, die am besten abgeschlossen haben. Die Restimmen werden für das ganze Reich zusammengerechnet. Es wäre also nur mit einer kleinen Reichsliste für die Parteiführer zu rechnen. Ferner können die Wahlgebiete mit hohen Restimmen unter Umständen noch mit einem Mandat bedacht werden. Das neue System wäre also ein Verhältnissystem, aber so geartet, daß die politischen Persönlichkeiten mehr hervortreten und von den Wählern wirklich gewählt werden. Es würde somit dem starken Bedürfnis der Gesamtwählerschaft, nicht nur Parteien, sondern auch Persönlichkeiten zu wählen, Rechnung getragen.

Zur Fürstenabfindung

brachte am Mittwoch die Sozialdemokratie folgenden Antrag im Rechtsausschuß ein: Vom Reichssondergericht sind als Eigentum des Landes im voraus festzusetzen und anzuerkennen: 1. Alle Vermögensstücke, die von Mitgliedern ehemals regierender Häuser auf Grund von völkerrechtlichen, staatsrechtlichen oder sonstigen öffentlich rechtlichen Titeln, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie erworben worden sind. 2. Alle Vermögensstücke, die auf Grund privatrechtlicher Titel erworben worden sind, wenn der Erwerb erfolgte gegen Leistungen, die nur infolge der staatsrechtlichen Stellung der regierenden Häuser bewirkt werden konnten oder wenn der Vorbesitzer das regierte Land oder eine dem regierten Land angehörige öffentliche Körperschaft war oder wenn der Erwerb erfolgt ist mit Mitteln einer öffentlichen Kasse oder gegen Hergabe von Vermögensstücken, die nach diesen Grundsätzen selbst als staatliches Eigentum zu gelten haben würden. 3. Gegenstände, deren Besitz für das Land aus Gründen der Geschichte, der Kultur, der Volksbildung oder Volksgesundheit von Bedeutung sind, ferner Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen und dergleichen. 4. Land- und Forstbesitz, soweit dies für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes oder für die Durchführung der staatlichen Aufgaben (Siedlung, Landabgabe an Kleinbauern, Stadt-Erweiterungen, Schaffung von Erholungsheimen und dergl.) von Bedeutung ist. Ferner solle als § 5 a eingeführt werden: Soweit nicht nach den Bestimmungen der vorherigen Paragraphen Vermögensstücke Eigentum des Landes werden, ist das Eigentum auf das Land zu übertragen gegen Gewährung einer Rente. Das Reichssondergericht setzt für jedes am 9. November 1918 lebende Mitglied eine Rente nach Billigkeit fest. Abg. Freiherr von Richthofen (Dem.) betonte, daß er in den Grundzügen dem sozialdemokratischen Antrag nicht ablehnend gegenüberstehe. Er behält sich aber vor, in der zweiten Lesung einen Vermittlungsantrag zu dem Kompromißentwurf und dem sozialdemokratischen Antrag einzubringen. Redner betonte, daß es auch ihm am wichtigsten zu sein scheine, wenn die den Fürstenhäusern zugebilligten Zahlungen in der Regel ausschließlich in Renten zu bestehen hätten, wobei natürlich die Kapitalisierung dieser Renten nicht ausgeschlossen werden könnte. Abg. Dr. Bell (Ztr.) erklärte, es müsse unbedingt in zweiter Lesung eine unmißverständliche und klare Formulierung gefunden werden, die für das Reichssondergericht entsprechende Vorschriften darüber festlegt, welche einzelnen Vermögensstücke als Eigentum des Landes über des Fürstenhauses zu gelten haben und bei der Auseinandersetzung der einen oder der anderen Partei zuzuweisen sind. Hierbei sollte von entscheidender Bedeutung sein, ob der Erwerb der Vermögensstücke auf Grund von privaten Titeln oder auf sonstige Weise, insbesondere auf Grund staatsrechtlicher oder völkerrechtlicher Titel erfolgt sei. Nur im Falle privatrechtlicher Titel könne Ueberweisung an die Fürstenhäuser erfolgen. Abg. Dr. Barth (Dn.) betonte, daß die Uebertragung von Vermögensstücken, die bisher unbestrittenes Privateigentum der Fürsten waren, nur gegen angemessenen, vom Sondergericht festzusetzenden Ausgleich erfolgen darf. Was hier den Fürsten geschieht, wohlgemerkt in Bezug auf ihr Privateigentum, das kann bei solcher Einstellung ebenso dann den großen landwirtschaftlichen Besitz und schließlich den mittleren und kleineren Besitz, den Hausbesitz usw. einmal treffen, und es kann das, was hier geschieht, sich auch einmal gegen die Kirche richten. Der sozialdemokratische Antrag wurde hierauf mit 13 gegen 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Beratungen über den Kompromißantrag wurden dann fortgesetzt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahngesellschaft

Berlin, 24. Febr. Die heute stattgefundene Sitzung des technischen Ausschusses des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich mit den Notstandsmaßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Es haben bekanntlich zwischen der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahngesellschaft Verhandlungen über die Gewährung von zunächst 500 Millionen und dann eines 100-Millionen-Kredits stattgefunden. Das von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft dem Ausschuß des Verwaltungsrates vorgelegte Programm über die Verteilung des 100-Millionen-Kredits fand die Billigung des Ausschusses. Insbesondere können Berücksichtigung finden: Beschaffung von Unterbauten, Einbau von Zug- und Stoßvorrichtungen, Verstärkung der Brücken; auch eine Reihe von Bahnhofsbauten sollen in ihrer Durchführung beschleunigt werden. Die Beschaffung von D-Zugswagen, vierter Klasse-Wagen und Spezialgüterwagen ist in entsprechendem Umfang geplant.

Ausland

London, 25. Febr. Lord Parmoor richtet im Oberhaus einen scharfen Angriff gegen Chamberlain in der Frage der Ratssitze, doch kommt seinem Vorgehen keine besondere Bedeutung zu.

Washington, 25. Febr. Der Senat hat gestern den bereits vom Repräsentantenhaus angenommenen Gesetzentwurf, durch den die Steuern für das kommende Etatsjahr um 387 Millionen Dollar herabgesetzt werden, gleichfalls zugestimmt. Das Gesetz geht nunmehr an den Präsidenten Coolidge zur Unterzeichnung.

Französische Stimmen gegen Locarno.

Paris, 25. Febr. Die Morgenpresse bespricht die heute beginnende Locarno-Debatte der Deputiertenkammer in auffallend kühler Weise. In sämtlichen Blättern wird mitgeteilt, daß Briand immerhin Schwierigkeiten haben könnte, die Rechtsrepublikaner von der Notwendigkeit des Locarno-Paktes und seinen Vorteilen zu überzeugen. Das Schwerindustriellenblatt „Avenir" überschreibt den Artikel, der der heute beginnenden Kammerdebatte gewidmet ist, mit den Worten „Eine große Illusion". In diesem Artikel wird ausgeführt, daß der Locarno-Pakt bisher nur Erniedrigungen für Frankreich gebracht habe. Es solle aber dafür gesorgt werden, rechtzeitig dieses Abgleiten Frankreichs nach einer Revision des Versailler Vertrags hin zu verhindern. Das „Echo de Paris" betont, daß die blocknationalistische Mehrheit für ein Nachgeben gegenüber England nicht eintreten werde. Sollte irgendwann von englisch-deutscher Seite eine Abänderung des Versailler Vertrages auf dem Umweg über den Geist von Locarno verlangt werden, so würde jede spätere, Briand folgende Regierung die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen und den Locarno-Pakt verfallen lassen. Der „Figaro" erklärt, daß der Rheinpakt wohl für England und die Konservative Partei Großbritanniens einen großen Erfolg bedeute, jedoch für Frankreich als eine Erniedrigung und ein Verzicht auf die Ausnützung des Sieges über Deutschland zu betrachten sei.

Oberst House über den Kriegsausbruch.

Paris, 25. Febr. Die neuesten Kapitel der Memoiren des Obersten House, die heute das „Petit Parisien" nur in kurzem Auszug veröffentlichen, bringen Reflektionen über die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch. House zitiert ein Schreiben Lord Greys, worin es heißt, der Weltkrieg hätte verhindert werden können, wenn Deutschland sich bereit erklärt hätte, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. House erklärt dann, er könne es schließlich zugeben, daß der Kaiser den Krieg nicht direkt gewollt habe, er habe sich aber so betragen, daß der Ausbruch des Krieges unvermeidbar wurde. „Er erlaubte Oesterreich eine heftige Kontroverse mit Serbien zu beginnen und er glaubte, daß, wenn er sich fest auf die Seite des Bundesgenossen stellte, Rußland nicht über einen scharfen Protest hinausginge. Auch hatten sich die deutsch-englischen Beziehungen so gebessert, daß er nicht erwartete, England an der Seite Rußlands und Frankreichs in den Krieg eintreten zu sehen. Er trieb daher seinen Bluff so weit, daß er im letzten Augenblick nicht mehr zurück konnte." Diese Vereinfachung der komplizierten Vorgänge von 1914 und die Ignorierung der für den Kriegsausbruch wichtigsten Tatsache, der russischen Mobilmachung, ist kennzeichnend für die naive Geschichtsklitterung, die Oberst House betreibt.

Aus den Briefen der Königin Viktoria.

London, 25. Febr. Heute veröffentlicht der Verlag Murray weitere zwei Bände von Briefen der Königin Viktoria, in denen ihre bekannte Einstellung zu Disraeli und Gladstone scharf hervortritt, ferner ihre wiederholten Versuche, eine zu schroffe Haltung des neuen Deutschland gegen Frankreich zu verhindern. Ueber Wilhelm II. schreibt sie: „Möge er zu einem guten, klugen und liebreich eingestellten Menschen aufwachsen, der seines Großvaters, des englischen Prinzgemahls, würdig ist." Ueber das Verhältnis Deutschlands zu England schreibt die Königin: „Ein starkes Deutschland wird England niemals gefährlich werden. Unser großes Ziel sollte darin bestehen, Deutschland uns gegenüber herzlich und freundschaftlich zu stimmen. Deutschland hat seit 1848 geglaubt, daß wir seiner Konsolidierung und Einigkeit ungünstig gesinnt sind."

Die Antwort des Senators Borah auf das Innsbrucker Telegramm.

Milwaukee, 25. Febr. Senator Borah erklärte zu dem ihm aus Innsbruck zugegangenen Telegramm, in welchem er namens Südtirols um Hilfe ersucht wird: Hier ist wieder ein Zwischenfall, der eine Folge der Geheimverträge ist, die Präsident Wilson vergeblich unwirksam zu machen versuchte. Ich bin derselben Ansicht wie Wilson, daß die Ueberlassung von Südtirol an Italien ein großes Unrecht gegen das Tiroler Volk war. Und wenn ich irgendwie dazu beitragen könnte, dieses Unrecht wiedergutzumachen, so würde ich Schritte unternehmen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

Neuenbürg, 25. Febr. In neuerer Zeit häufen sich die Brandfälle in ganz bedenklichem Maße, wir sind aber auf die Erhaltung des Volksvermögens mehr denn je angewiesen. Gerade in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs ist der Feuerschutz und die Feuerbekämpfung von ganz besonderer Bedeutung. Die Zeit, als man es nicht anders wußte, daß

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ein einmal in Brand geratenes Gebäude nicht mehr zu retten sei und abbrennen werde, ist vorbei. Heute bei dem hochentwickelten Stand unserer Löschgeräte wollen wir, wenn wir auf der Brandstelle angekommen sind, den Brand nicht weiter um sich greifen lassen und diejenigen Teile eines Gebäudes, die vom Feuer noch nicht ergriffen sind, retten. Um dies zu ermöglichen, ist es nicht nur eine unbedingte Notwendigkeit, die Feuerwehren gut auszubilden und nach dem neuesten Stand der Technik auszurüsten, sondern auch für das nötige Löschwasser zu sorgen. Man halte sich vor Augen, daß ohne entsprechende Löschwasserversorgung die besten Feuerspritzen und die tüchtigsten Feuerwehren wertlos sind. Falsche Sparsamkeit und halbe Maßnahmen sind bei der Löschwasserversorgung am allerwenigsten angebracht. Es darf hier an den letzten Brandfall in Kapfenhardt vom 10. Februar 1926, dem zwei Gebäude zum Opfer gefallen sind, erinnert werden. Bei Ausbruch des Brandes ist der kleine Hochbehälter beinahe leer gewesen, das Löschwasser fehlte so gut wie vollständig, und es mußte Jauche, soweit solche zur Verfügung stand, als Löschwasser benützt werden. Sowohl die eigene als auch die von den Nachbarorten zum Brandhilfedienst herbeigeeilten Feuerwehren standen deshalb dem furchtbaren Element machtlos gegenüber, und wenn in dieser Nacht der starke Sturm nicht plötzlich nachgelassen hätte, so wäre höchstwahrscheinlich ein großer Teil Kapfenhardts ein Raub der Flammen geworden. Solchen Brandkatastrophen kann künftig in der wirksamsten Weise durch die neue Automobilspritze, die im April d. J. angeliefert und die bei Brandfällen den Bezirksgemeinden zur Verfügung gestellt wird, vorgebeugt werden, aber auch wiederum nur dann, wenn das erforderliche Löschwasser vorhanden ist. Es sollten deshalb diejenigen Gemeinden, die nicht an einem stets wasserführenden Bach liegen, oder keine absolut leistungsfähige Wasserleitung mit genügend großen, ständig gefüllten Hochbehältern besitzen, an geeigneten Stellen wasserdichte, zweckmäßig eingerichtete und genügend große Feuerteiche anlegen. Solche Teiche gewährleisten eine zuverlässige und ausreichende Löschwasserversorgung, sie können, wenn keine anderen Möglichkeiten bestehen, durch die von der Natur gelieferten Niederschläge gespeist werden. Die Ausführung kann durch Erwerbslose geschehen — abgesehen von kleineren Maurer-, Zimmer- und Schmiedarbeiten. An den Kosten beteiligt sich die Zentralkasse für Feuerlöschwesen mit 25 Proz., außerdem darf noch mit einem Beitrag von etwa 2 Mark pro Tag für jeden Erwerbslosen, der beschäftigt wird, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gerechnet werden. St.

Neuenbürg, 26. Febr. Es sei nochmals eindringlich auf die vom Unt. Schwarzwald-Turngau auf Sonntag den 28. Februar, nachmittags 2½ Uhr, in der hiesigen Turnhalle anberaumte große turnerische Aufführung für das Frauenturnen aufmerksam gemacht. Daß die Besucher derselben etwas außerordentliches genießen werden, dafür bürgt das sehr reichhaltige und viel Abwechslung bietende Programm. Der Leiter der Aufführung, Herr Reallehrer J. Jäckle-Schwenningen, wird uns die Vielseitigkeit des Frauenturnens so erschöpfend vor Augen führen, daß es bei den Besuchern nur allgemeines Staunen auslösen dürfte. Wir richten daher an die gesamte Beamtenschaft, die Lehrerschaft, die Geistlichkeit, sowie an die Eltern und Jungfrauen das höfliche Ersuchen, diese Veranstaltung nicht zu versäumen und sich von dem hohen Wert des Frauenturnens und seiner Gestaltung persönlich zu überzeugen. Wir müssen uns einmal Klarheit darüber schaffen, daß es sich nur durch Pflege der Leibesübungen ermöglichen läßt, den Körper gesund und frisch zu erhalten und die denselben entgegenstehenden Bedenken fallen lassen. Bekundet daher durch zahlreichen Besuch, daß ihr die Ziele der Deutschen Turnerschaft mit zu fördern gewillt seid. Ueber eine Veranstaltung des Herrn Jäckle mit seiner Riege in Balingen sei ein Bericht darüber hier angeschlossen:

Am Samstag abend brachte die „Musterschule für Frauenturnen und rhythmische Gymnastik" des Herrn Reallehrer J. Jäckle, Schwenningen, eine reiche Aufführung, welche Zeugnis gab nicht allein von dem unendlichen Fleiß und Liebe zur Sache, sondern auch von dem einzig richtigen Weg für rationelles Frauenturnen. Die sämtlichen Vorführungen der Schwenninger Musterschule wurden prächtig, überzeugend, ja durch ihre Schönheit überwältigend gegeben. Der Begriff weiblicher Anmut ist unserer Zeit zum guten Teile verloren gegangen. Beweis mehr wie genug sind die unschönen modernen Tänze, die Vermännlichung der Frau und damit Hand in Hand die Verweibischung des Mannes. Das Wesen der weiblichen Körperkultur liegt in der Pflege des jedem weiblichen Wesen angeborenen Rhythmus. Rhythmus sind alle Bewegungen der Frau und darin liegt ihre Schönheit. Frauenanmut und Frauenschönheit liegen im Liede, nach dessen Takt und Rhythmus die Frau so gerne ihre Bewegungen einrichtet. „Es den Männern im Geräteturnen gleichtun wollen, kann nicht Sinn und Zweck des Geräteturnens sein." Um das Turnen für die Frau anziehend zu machen, wird man nach dem Takte des Liedes und der Musik den Reigen pflegen müssen. Wie man das machen muß, zeigte die Schwenninger Schule. Und welche herrlichen Erfolge damit erzielt werden, konnte man in den einzelnen Uebungen und noch mehr in dem Ebenmaß und der Beweglichkeit der Schwenninger Turnerinnen bewundern. Eingeleitet durch einen kurzen, erläuternden Vortrag des Herrn Reallehrers Jäckle zeigten die mehr als 20 Uebungen so ziemlich alles, was das Programm des echten Frauenturnens umfaßt. Daß der Humor, namentlich bei den Uebungen der Kleinen, sich wunderbar äußerte, macht diese Uebungsart umso empfehlenswerter. Möge die hiesige Turngemeinde als berufene Vertreterin unseres hiesigen Frauenturnens den durch den Vorführungsabend glänzend vorbereiteten Boden nun kräftig beackern. Der Segen und die Dankbarkeit unserer Bevölkerung wird dann nicht ausbleiben und die privaten Versuche, das rhythmische Turnen in Balingen einzuführen, überflüssig machen. Die Uebungen wurden sämtlich in den dem Zweck angepaßten Kostümen ausgeführt. Teilweise zeigten dieselben einen märchenhaften Reichtum.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Febr. (Vereinigte Seifenfabriken.) Wie uns von der Verwaltung der Vereinigten Seifenfabriken Stuttgart A.G. mitgeteilt wird, wird der Betrieb entgegen umlaufenden Gerüchten mit Genehmigung des Gläubigerausschusses weitergeführt. Die beiden Werke sind gut beschäftigt, der Verkaufsapparat arbeitet. Der Beschluß des Gläubigerbeirates, den Betrieb weiterzuführen, gründet sich auf die Aussicht, daß in absehbarer Zeit eine Lösung zu erwarten ist, die für alle Fälle annehmbar sein dürfte. Bestimmte Vorschläge über Quote usw. sind noch nicht erfolgt.

Stuttgart, 25. Febr. (Fachausstellung der Württ. Textil- und Bekleidungs-Industrie.) Die letzten Vorbereitungen für die Fachausstellung der Württ. Textil- und Bekleidungs-Industrie werden zurzeit getroffen, um die Ausstellung auf den vorgesehenen Termin in würdiger Aufmachung eröffnen zu können. An verfügbaren Ausstellungsplätzen sind nur noch einige wenige Kojen vorhanden. In der letzten Zeit haben sich im besonderen auch Interessenten aus Baden und Bayern gemeldet. Sie konnten bei der diesjährigen Messe leider noch nicht berücksichtigt werden. Der Ausbau der Messe zu einer süddeutschen Messe mit bedeutender räumlicher Erweiterung läßt sich aber wohl bis zur Herbstmesse durchführen. Diese ist für die Zeit vom 18. bis 21. September 1926 in Aussicht genommen.

Heilbronn, 25. Febr. (Steuerbetrug.) Infolge der neueren Steuererleichterungen werden von dem Finanzamt überzahlte Lohnsteuerbeträge zurückerstattet. Diese ungewohnte Tätigkeit der Steuerbehörde hat nun solchen Anklang gefunden, daß schon versucht wurde, die Rückzahlung wiederholt zu erlangen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Erschleichung eines ungerechtfertigten Steuervorteils mit hoher Geldstrafe und Gefängnis bedroht ist.

Möckmühl, 25. Febr. (Ehedrama.) In Osterburken kam es zwischen einem Taglöhner, der es mit der ehelichen Treue nicht genau nahm, und seiner Gattin zu einem Auftritt mit dem Resultat, daß die letztere mit einem Rasiermesser ihrem Ungetreuen am Unterleib einen ziemlich tiefen Schnitt beibrachte. Diese blutige Unterhaltung ging nicht so stillschweigend ab und hatte einen größeren Menschenauflauf zur Folge. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft und die Täterin angezeigt.

Weinsberg, 25. Febr. (Die Frauen von Weinsberg gegen die Oberamtsaufteilung.) Weinsberg soll als einziges Oberamt zur Aufteilung kommen. Kein brauchbares Mittel will man hier im Kampf um die Erhaltung des Bezirks ungenützt lassen. Auch die Frauen Weinsbergs wollen in diesem Kampf nicht fehlen. Sie haben beschlossen, mit einer Bitte um Erhaltung Weinsbergs als Oberamtsstadt an den Landtag heranzutreten und Frau Frida Kächele beauftragt, diese Bitte dichterisch darzustellen. Sie wird zur Unterzeichnung aufgelegt.

Horb a. N., 25. Febr. (Der Gänserich in der Backstube.) Wie jeden Tag, so wurde auch gestern in der Bäckerei von J. G. um 11 Uhr Kundenbrot eingeschossen. Als letzte der Kundenfrauen erschien eine Frau B., begleitet von ihrem treuen Gänserich. Dieser ließ sich aber nicht wegtreiben, sondern behauptete energisch seinen Platz neben der Besitzerin und beobachtete genau, was da vorging. Als die Laibe in den Ofen geschoben waren und die Frauen die Backstube verließen, machte er als letzter kehrt und verließ hocherhobenen Hauptes unter großem Geschnatter die Backstube.

Rottenburg, 25. Febr. (Volkstrauertag.) Am Sonntag den 28. Februar wird nach Anordnung des Bischofs in allen katholischen Kirchen beim vormittägigen Gottesdienst der Gefallenen gedacht und mit allen Glocken geläutet werden. Nachmittags werden Andachten für die Verstorbenen oder Gräberbesuche veranstaltet.

Rottweil, 25. Febr. (Steuerhinterziehung.) Das erweiterte Schöffengericht hat den Milchhändler Friedrich [illegible] von Tuttlingen wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer zu einer Geldstrafe von 2400 Mark und wegen Hinterziehung der Einkommensteuer zu der Geldstrafe von 600 Mark, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Schömberg OA. Rottweil, 25. Febr. (Waldbesitzerversammlung.) Am Samstag den 20. Februar hatten sich zahlreiche Vertreter waldbesitzender Gemeinden und auch private Waldbesitzer der Oberamtsbezirke Balingen, Rottweil und Spaichingen zu einer Aussprache über derzeit wichtige Waldfragen versammelt. Im Vordergrund stand die Holzverwertung und Holzmarktlage 1926, über die Forstmeister [illegible]necker-Stuttgart in längerem Vortrag berichtete. In lebhafter Aussprache führte alsdann die Frage des Waldwirtschaftsbeitrags, dessen abermalige Erhöhung von den Gemeinden nicht verstanden wird; ein entsprechendes Vorgehen wurde einstimmig beschlossen.

Tuttlingen, 25. Febr. (Ermäßigung der städtischen Umlagen.) Angesichts der Notlage der hiesigen Industrie stellte der Arbeitgeberverband Tuttlingen an den Gemeinderat bzw. an die Ministerialabteilung für Körperschaftsverwaltung bzw. an das Arbeitsministerium das dringende Ersuchen, die Umlage für das Steuerjahr 1925/26 von 15 Prozent auf 13 Prozent zu ermäßigen und für 1926/27 den Umlagesatz auf 12 Prozent oder noch weiter herabzusetzen.

Ehingen a. D., 25. Febr. (Zur Stadtschultheißenwahl.) Für die Wahl des Stadtschultheißen hat die Zentrumspartei die Parole für Stadtschultheiß Kuhn aus Tettnang ausgegeben. Die Sozialdemokratie und die Demokratische Partei haben sich für Dr. Henger, den Bruder des hiesigen Stadtpflegers, erklärt.

Gmünd, 25. Febr. (Aus dem Gemeinderat.) Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde vom Stadtvorstand die Anregung gegeben, die für die ausfallende Jubiläumsausstellung in dem Etat eingesetzten Gelder für den Ausbau der Gewerbeschule zu verwenden. Im Prinzip schloß sich der Gemeinderat diesem Vorschlag an. Die vom Stadtbauamt vorgeschlagenen fünf Reihenhäuser für das Jahr 1926 pro 30 000 Mark = 150 000 Mark, wodurch 20 Wohnungen erstellt werden können, fanden Genehmigung. Für das vom 10.—12. Juli hier stattfindende Süddeutsche Musikfest wird der Platz mit Festgelegenheit zur Verfügung gestellt, was einen Aufwand von 10 000 Mark erfordert. Außerdem wird noch ein Beitrag von 1000 Mark bewilligt. Man rechnet mit einem Besuch von 20—25 000 Personen. Bis jetzt sind etwa 100 Vereine mit 5—6000 Musikanten angemeldet.

Hall, 25. Febr. (Amtsversammlung.) Die Amtsversammlung wählte in ihrer letzten Sitzung anstatt des in den Ruhestand getretenen Direktors Kreß den bisherigen Gegenrechner Rechnungsrat Uebele zum Sparkassendirektor und den Schultheißen Rißler in Bubenorbis zum Gegenrechner. Die Wahlen erfolgten einstimmig. — Der Abmangel der Oberamtspflege wurde für 1925 auf 406 000 Mark festgestellt. Er ist durch Umlage aufzubringen. Es ist dies eine Mehrumlage von 85 000 Mark, von denen allein 60 000 Mark auf die Straßenunterhaltung und 25 000 Mark auf allgemeine Steigerung der Unkosten kommen.

Baden.

Pforzheim, 25. Febr. Der Bezirksrat beschäftigte sich mit einem Disziplinarstrafverfahren gegen einen Gemeinderat eines Bezirksorts, der wiederholt angetrunken in den Sitzungen erschienen sein soll. Als in einer letzthin abgehaltenen Bürgerausschußsitzung auch eine Erkrankung des Gemeindeförsters besprochen wurde, äußerte sich der nach Zeugenaussage wieder angesäuselte Gemeinderat in einer der Würde eines Bürgerparlaments sehr unangepaßten Weise mit beleidigender Spitze gegen ein Bürgerausschußmitglied. Die Sache wurde angezeigt und kam gestern zur Verhandlung, bei der zeitweise die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war. Der Bezirksrat erkannte auf kostenpflichtige Amtsenthebung des bisherigen Gemeinderats.

Pforzheim, 25. Febr. Vor dem Großen Schöffengericht

Haben Sie Fuss-beschwerden? Dann tragen Sie meine Borsana-Ballentrost-Fussheil-Stiefel
B. Weigel Pforzheim
Ecke Deimlingstrasse und Waisenhausplatz 2.
Viele Anerkennungen!

Vergib.

Original-Roman von H. Courths-Mahler

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber nur Lena und ihr Vater hatten Freude daran. Frau von Lankwitz hielt zwar krampfhaft das süßsaure Lächeln fest, aber sie dachte bei sich: „Traute wird vielleicht Mühe haben, bis sie Hohenstein beigebracht hat, was sich schickt."

Und Traute? Sie blickte mit ihrem kindlichen Lächeln in Hans-Georgs Gesicht und dachte dabei dasselbe, wie ihre Mutter.

Die beiden Herren von Hohenstein begrüßten nun zunächst die Herrschaften. Aber Hans-Georg nahm sich nicht viel Zeit dazu. Lenas Buben hingen an ihm, er mußte mit ihnen auf der Wiese herumtollen.

Traute war wütend, daß er so wenig Notiz von ihr nahm. Und Frau von Lankwitz klopfte nervös mit den Fingerspitzen auf den Tisch. Als Herr von Hohenstein mit ihrem Gatten sprach, flüsterte sie Lena zu:

„Willst du dieser lästigen Szene nicht endlich ein Ende machen?"

Die junge Frau fuhr erschrocken auf. Sie hatte mit innigem Wohlgefallen das übermütige Spiel des jungen Mannes mit ihren drei Buben verfolgt. Das Herz hatte ihr gelacht vor Mutterstolz. Nun riß das Gebot der Mutter sie aus dem frohen Genuß. Sie erhob sich mit einem Seufzer.

„Gewiß, Mama — sofort."

Sie nahm drei kleine Kuchen aus einem silbernen Körbchen und schritt über die Wiese auf ihre Kinder zu.

„Herbert, Joachim, Gerhard! Kommt her zu mir!" rief sie ihnen zu.

Der Aelteste kam mit einem Purzelbaum zu ihren Füßen gekollert, der Zweite folgte zögernd, das Gesicht verlangend nach Hans-Georg zurückgewandt, und den Dritten brachte Hans-Georg auf der Achsel herbeigetragen.

„Ihr geht jetzt hinein und trinkt eure Milch. Lisa, sorgen Sie dafür, daß die Kinder dann hinter dem Hause bleiben, sagte die junge Frau, ihren Kindern je einen Kuchen reichend und ihnen sanft die Köpfe streichelnd.

„Ach, wie schade!" rief Hans-Georg. „Gnädige Frau darf ich nicht noch ein Weilchen mit den Buben herumtollen?"

„Ach, ja, Mama — ach ja!" bettelten die Kinder. Lena sah Hans-Georg bittend an.

„Ich bitte Sie, Herr von Hohenstein, lassen Sie die Kinder gehen. Mama wünscht es, ich möchte sie nicht erzürnen."

Er lachte sie mit seinen übermütigen Augen an.

„Eigentlich möchte ich brennend gern ungehorsam sein! Aber nein — Sie sollen keine Schwierigkeiten haben," erwiderte er. Und zu den Knaben gewendet, fuhr er im Befehlston fort:

„Antreten, Jungens! Zum Parademarsch antreten! Eins zwei, eins zwei, eins zwei!"

Die Kerlchen stellten sich stramm hinter ihm auf, ihre Kuchen fest an die Hosennaht drückend. Dann marschierten sie hinter Hans-Georg dem Hause zu. An der breiten Freitreppe trat der junge Mann beiseite, kommandierte aber weiter, bis die sechs drallen Beinchen in der Halle landeten. Lisa eilte hinter den Knaben her und nahm sie nun wieder unter ihre Obhut. Hans-Georg sah ihnen noch ein Weilchen nach.

„Solche Prachtkerlchen zu besitzen — das kann einem doch die Furcht vor der Ehe nehmen. Wenn die Traute eine so patente Mutter wird wie die Lena, dann kann ich zufrieden sein," dachte er.

Dann schritt er zum Zelt hinüber. Durch das süßsaure Lächeln der Frau von Lankwitz ließ er sich nicht stören. Er wandte sich an Traute, die ihm mit großen, strahlenden Kinderaugen entgegensah.

„Darf ich um eine Tasse Tee bitten, gnädiges Fräulein? Ich bin von dem Schreien und Toben durstig geworden."

Traute kredenzte ihm anmutig die gefüllte Tasse.

„Hoffentlich bin ich Ihnen nicht zu sehr auf die Nerven gefallen mit meinem Geschrei, verehrte gnädige Frau," wandte er sich an Frau von Lankwitz.

Diese hätte ihm am liebsten gleich eine Lektion erteilt, aber sie war klug genug, sich das aufzuheben, bis Hans-Georg Trautes Gatte geworden war.

„O, wir sind durch meine Enkel jetzt schon einmal daran gewöhnt," sagte sie in ihrer vornehmen Sprechweise.

Hans-Georg schnitt Traute auf Tod und Leben die Kur. Er hatte sich seit der Unterredung mit seinem Vater und Lori in eine gewisse Verliebtheit für das schöne blonde Mädchen hineingesteigert. Ihr scheinbar anschmiegendes, kindliches Wesen schien ihm eine Garantie, daß er sie nach seinem Willen formen könnte.

„Darf ich Ihnen drüben im Park das Indianerlager zeigen, das Ihre Neffen aufgebaut haben, mein gnädiges Fräulein?" fragte Hans-Georg, als man den Tee eingenommen hatte.

Traute fühlte natürlich sofort, daß er sie allein sprechen wollte, und ging mit kindlichem Lächeln auf seinen Vorschlag ein. Hans-Georg bot ihr den Arm. Über ihren blonden Kopf hinweg tauschte er mit seinem Vater einen bedeutungsvollen Blick.

Die Zurückbleibenden sahen dem jungen Paar nach. Dann sagte Herr von Hohenstein zum Hausherrn:

„Mein lieber Lankwitz, ich hätte etwas Ernstes mit dir zu besprechen."

Dieser erhob sich sofort.

„So komm in mein Arbeitszimmer. Du entschuldigst wohl, Klementine."

Frau von Lankwitz neigte das Haupt und reichte den Herren die Hand zum Kuß, worauf diese Arm in Arm abzogen.

(Fortsetzung folgt.)

hatten sich drei schwere Jungens wegen einer Reihe von Einbruchsdiebstählen zu verantworten. Es handelt sich um den 20jährigen ledigen Hilfsarbeiter Karl Schaible, den 21jährigen ledigen Buchdrucker Adolf Krause und den 23jährigen verheirateten Maschinisten Ernst Kunzmann, alle aus Pforzheim und schon ziemlich vorbestraft. Schaible und Krause erhielten je vier Jahre Zuchthaus und Kunzmann drei Jahre Zuchthaus. Außerdem wurden sämtlichen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt und die Zulassung der Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Riefern, 25. Febr. Heute nacht kurz nach 3 Uhr schreckte das Trompeten-Feuersignal die Anwohner aus dem Schlaf. Im Anwesen des Heinrich Wallinger, Arbeiters in der Papierfabrik Riefern, war Feuer ausgebrochen. Herr Dr. Brinkmann hatte das Feuer von seiner Villa auf der Schanz zuerst beobachtet und Trompeten-Feuersignale gegeben, worauf sofort ein Hornist das Signal aufgriff und weitergab. Bald darauf ertönten auch die Glocken der Kirche, und die Feuerwehr war rasch zur Stelle. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, doch ist das ganze Anwesen des Wallinger, welcher erst vor kurzem einen gemischten Warenladen eingerichtet hatte, ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache ist zurzeit noch unbekannt. Der entstandene Schaden beträgt über 30 000 Mark.

Singen 24. Febr. Die Scheffelgemeinde auf dem Hohentwiel, welche die Festspiele veranstaltete, ist in Konkurs gekommen. Das Gericht hat das Verfahren wegen Mangels an Mitteln eingestellt.

Vermischtes.

Der Verkauf von Vollmilch vermischt mit Anfangsgemelk ist strafbar. Das Reichsgericht hat obige Streitfrage nunmehr durch sein Urteil vom 15. Januar 1926 entschieden. Unter Anfangsgemelk versteht man den ersten — fettärmeren — Teil der von einem Milchtier ermolkenen Milch, während das — fettreichere — Restgemelk vielfach das saugende Kalb bekommt. Die Beimischung solchen Anfangsgemelks zu Vollmilch und der Verkauf eines solchen Gemisches als Vollmilch bedeutete nach diesem Reichsgerichtsurteil eine Verschlechterung der Vollmilch und damit eine Verfälschung derselben im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes. Als Vollmilch kann nur solche Milch gelten, die beim Melken eines Milchtieres durch vollständiges Ausmelken des Euters in einem Zug gewonnen wird, die also unverändert alle Bestandteile der dabei zutage geförderten Milch enthält. Das betreffende Schöffengerichtsurteil, in dem wegen dieses Vergehens eine Gefängnisstrafe ausgesprochen worden war, hat das Reichsgericht bestätigt.

Kirche und Wohnungsnot. Die soeben in Berlin abgehaltene Tagung des Deutsch-Evangelischen Sittlichkeitsvereins widmete sich insbesondere der Bekämpfung der Wohnungsnot. Unter Hinweis auf die vom Dessauer Landeskirchentag gefaßten Pläne, einen bestimmten Sonntag für Behandlung dieser Frage auf allen Kanzeln festzusetzen, wurde es als wertvoll erachtet, daß die Kirche durch Kundgebungen immer wieder auf die große Not aufmerksam mache, um das öffentliche Gewissen zu wecken und nach zu halten. Darüber hinaus sei es jedoch ihre ernste Pflicht, praktische Wege zu beschreiten und im Wohnungsbau und der Siedlung vorbildlich voranzugehen.

Konkurs. Das Amtsgericht Immenstadt hat über das Vermögen der größten Einzelfirma in Immenstadt, der Musikindustrie Immenstadt, Inhaber Alois Heißler, das Konkursverfahren eröffnet; die Zahl der Gläubiger ist groß, die Aussichten auf Befriedigung sind klein.

Der Segen des Großen Loses. In der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde vorgestern nachmittag das große Los gezogen. Es besteht aus zwei Abschnitten von je einer halben Million Mark, die in lauter Achtellose geteilt wurden. Jeder der 16 Gewinner erhält nach Abzug der Steuern 50 000 Mark. Sämtliche 16 Losabschnitte sind in Berlin gekauft worden, und zwar die eine Hälfte im Vorort Lichtenberg und die andern bei einem Kollekteur im Zentrum Berlins. Die Lichtenberger Gewinner sind acht arme Familien, darunter ein greises Ehepaar, der Mann seit Monaten krank und der Verzweiflung nahe. Der Kollekteur setzte die Gewinner sofort telegraphisch von ihrem Glück in Kenntnis und alle fanden sich noch in den späten Abendstunden bei ihm ein. Noch wollten sie nicht an ihr Glück glauben, noch befürchteten sie, daß ein verhängnisvoller Kummerirrtum ihnen noch Enttäuschung bereiten könnte. Ihre Nummer steht aber schwarz auf weiß in der Gewinnliste. Von den Berliner Gewinnern ist einer ein Kaufmann, der gerade gestern vormittag den Konkurs angesagt hatte.

Die Grundmauer einer alten Königsburg gefunden. Nachdem im vergangenen Herbst bei Ausgrabungen in der Nähe der Kammelsbergkaserne die Grundmauern der alten Johanniskirche freigelegt wurden, hat jetzt ein glücklicher Zufall zur Freilegung von Grundmauern geführt, die mit Sicherheit der alten Steinbergburg Heinrichs IV. zuzuweisen sind, dem Castellarium in Monte Lapideo, wie sie in den Urkunden genannt wird. Die Mauer wurde bei Ausschachtungsarbeiten am Schieferberg freigelegt und als ein unzweifelhaft mittelalterliches Bauwerk festgestellt. Sie ist etwa 90 Zentimeter stark, einen Meter hoch und in einer Länge von 30 Metern bloßgelegt.

Nur ein Zigarettenetui. Wie die Kopenhagener Zeitung „Politiken" berichtet, hat die dänische Regierung vier englischen Seeleuten, die im vorigen Jahr unter eigener Lebensgefahr die Besatzung des dänischen Schoners „Eva" retteten, je ein Zigarettenetui geschenkt. „Politiken" meint, daß so ein „Konfirmationsgeschenk" in keinem Verhältnis stehe zu der vollbrachten Tat, und überschreibt diese Zeilen mit den Worten „Ein Zigarettenetui für ein Menschenleben"!

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 25. Februar. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 24 Ochsen, 9 Bullen, 60 Jungbullen, 47 Jungrinder, 16 Kühe, 377 Kälber, 711 Schweine. Alles verkauft. Preise aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 43—46 (letzter Markt 43—46), 2. 30—40 (unv.), Bullen 1. 44—46 (unv.), 2. 39—42 (unv.), Jungrinder 1. 48—51 (unv.), 2. 41—46 (unv.), 3. 34—40 (unv.), Kühe 1. 30—38 (unv.), 2. 18—27 (unv.), 3. 12—17 (unv.), Kälber 1. 70—72 (72—74), 2. 64—68 (65—70), 3. 56—62 (unv.), Schafe 72 bis 75 (unv.), Schweine 1. 80 (81—82), 2. 79—80 (unv.), 3. 78—79 (74 bis 78), 4. 74—76 (—), Sauen 59—69 (60—71) Mk. Marktverlauf: Langsam.

Stuttgart, 25. Febr. (Landesproduktenbörse.) Die Stimmung am Getreidemarkt ist unverändert ruhig. Die Preise sind unverändert: Ausländ. Weizen (ab Mannheim) 31.50—33.50, württ. Weizen 22 bis 25, Sommergerste 17.50—20.50, Roggen 17—17.50, Hafer 16—18, Weizenmehl 41.50—42.50, Brotmehl 32—33, Kleie 9.25—9.50, Wiesenheu 6—7, Kleeheu 7—8, drahtgepreßtes Stroh 4—4.50 Mark per 100 Kilogramm.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 25. Febr. Die deutsch-demokratische Partei Württembergs veranstaltet am Sonntag den 7. März in Rottweil eine Frühjahrstagung. Dabei werden Staatsminister a. D. Abg. Dietrich und Staatspräsident a. D. Dr. Hieber sprechen. Der öffentlichen Versammlung voraus geht eine Landesausschußsitzung mit dem Abg. Dr. Maulhe als Redner.

München, 25. Februar. Nach der Sprengung der gestrigen Versammlung des Nationalsozialistischen Volksbundes München durch die Nationalsozialisten kam es zu einer Schlägerei, bei der ein Mitglied des Bundes „Oberland" blutig geschlagen wurde.

München, 25. Februar. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurde heute ein kommunistischer Antrag auf Amnestierung der noch im Zuchthaus Straubing befindlichen Räterepublikaner vom Ausschuß abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der Linken und des Abg. Dr. Buttmann (Nat.-Soz. Gruppe).

München, 26. Febr. Jechendach hat den Wiederaufnahmeantrag gegen das Urteil des Volksgerichts München I vom 20. Okt. 1922, das auf elf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust lautete, durch seinen Verteidiger einreichen lassen. Ueber den Antrag entscheidet in erster Instanz das Landgericht München I und auf Beschwerde in zweiter Instanz das Reichsgericht. Die neue Hauptverhandlung selbst wird vor das Reichsgericht kommen.

Darmstadt, 26. Februar. Ein Arzt, Besitzer einer privaten Entbindungsklinik, wurde in der Berufungsverhandlung wegen Abtreibung gegen Entgelt zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein Assistenzarzt wurde zu 4½ Monaten Gefängnis verurteilt.

Geilenkirchen, 25. Febr. Wegen der Masseneinquartierungen im Kreise Geilenkirchen wird auf Anfrage vom belgischen Generaldelegierten im Rheinland mitgeteilt, daß die Einquartierung anläßlich der alljährlichen Schießübungen nur vorübergehend sei. Im Gegensatz zum Vorjahr fänden aber statt vier nur drei Schießübungen statt. Die Offiziere sollen, ohne den Wohnungsmarkt zu belasten, in Gasthöfen untergebracht werden.

Düsseldorf, 25. Febr. In einem Hause der Hakortstraße wurden gestern nachmittag das Ehepaar Hopke und die elfjährige Tochter bewußtlos aufgefunden. Der Arzt stellte Gasvergiftung fest. Die Familie wurde ins Krankenhaus gebracht, wo der Mann und das Kind inzwischen gestorben ist. Das Gas war der beschädigten Leitung des zweiten Stockwerks entströmt und durch die Decke in die Räume der verunglückten Familie gedrungen.

Leipzig, 25. Febr. Die Ausstellerzahl der Leipziger Frühjahrsmesse beläuft sich bis jetzt auf über 11 000. Weitere Anmeldungen laufen stündig ein.

Leipzig, 25. Febr. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich heute als Revisionsinstanz mit zwei Todesurteilen. Das Schwurgericht Naumburg hatte den Arbeiter Robert Panitzsch aus Freckleben wegen Kindesmord zum Tode verurteilt. Panitzsch, der in milder Ehe mit der Landarbeiterin Kroll lebte, hat gemeinschaftlich mit dieser ein Kind, das dem Verhältnis entsprossen war, in die Unstrut geworfen. Die Kroll ist flüchtig und konnte bisher nicht ermittelt werden. Die Revision des Panitzsch wurde nach längerer Beratung verworfen, sodaß das Todesurteil rechtskräftig geworden ist. Ebenso verworfen wurde die Revision des Maschinenmeisters August Schwerdtfeger aus Göttingen, der vom Schwurgericht Göttingen wegen Mords am 13. November 1925 zum Tode verurteilt worden war. Schwerdtfeger hatte am 29. Juni 1925 den Direktor der Papierfabrik in Göttingen, Scheller, erschossen, mit dem er wegen seiner Wiedereinstellung in Differenzen geraten war.

Berlin, 25. Febr. Auf Grund verschiedener Anregungen teilte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit, daß sie sich noch nicht dazu entschließen könne, den früheren Preisaufdruck auf den Fahrkarten wieder einzuführen, da die Notwendigkeit einer kurzfristigen Tariferhöhung angesichts der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorläufig nicht als außerhalb des Bereiches des Möglichen liegend anzusehen sei. Sie werde die Frage nach Jahresfrist erneut prüfen, vorläufig aber müsse es bei dem Aufdruck der Kilometerzahl auf den Fahrkarten bleiben.

Berlin, 25. Febr. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, das Geschäftsführungs- und Vollzugsorgan des Kirchenbunds der 28 deutschen Landeskirchen, ist auf Donnerstag, den 4. März zu seiner Frühjahrssitzung nach Berlin einberufen. Er wird sich insbesondere beschäftigen mit den Auswirkungen der Stockholmer Weltkirchenkonferenz, dem Anschluß deutscher Auslandsgemeinden an den Kirchenbund und mit der Vorbereitung des nächsten Kirchentages im Jahre 1927.

Berlin, 25. Febr. Am Todestage Friedrich Eberts, am 28. Februar, wird die Reichsregierung einen Kranz mit der Inschrift „Die Reichsregierung" und einer schwarz-rot-goldenen Schleife durch Reichsminister a. D. David, dem Gesandten des Reiches in Darmstadt, am Grabe Eberts in Heidelberg niederlegen lassen. — Die Berliner Polizei hat den Oberstleutnant a. D. Ahlemann, der sich geweigert hatte, wegen der von Grütte-Lehder gegen ihn erhobenen Beschuldigungen vor der Polizei zu erscheinen, erneut unter Androhung der Zwangsvorführung zum 26. Februar auf das Berliner Polizeipräsidium geladen. — Während eines landwirtschaftlichen Vortrags in der Philharmonie wurde der ehemaligen Großherzogin von Sachsen-Weimar die Handtasche gestohlen. Diese enthielt Briefsachen, 130 Mk. bares Geld und kleinere Gebrauchsgegenstände. — Die seit 26 Jahren hier bestehende sehr bedeutende Leinen- und Baumwollwarengroßhandlung Ludwig Werwatz stellte ihre Zahlungen ein. Sie sucht sich mit ihren Gläubigern außergerichtlich zu einigen. Die Passiven betragen, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, ca. 600 000 Mk.

Königsberg, 25. Febr. Am 18. Februar ist der Kommunist Urbahns, nach dem von einer Berliner Zentrale gefahndet wurde, in Eydtkuhnen angehalten worden, als er einen holländischen, auf einen anderen Namen lautenden Paß vorzeigte und sich in seinem Auftreten Unstimmigkeiten ergaben. Von zuständiger Stelle ist die Festhaltung des Kommunisten Urbahns verfügt worden, der in Eydtkuhnen die deutsch-russische Grenze mit einem falschen Paß überschreiten wollte und zwar mit der Begründung, daß ein Paßvergehen eine längere Inhaftierung nicht rechtfertige. Urbahn, der bereits gestern wieder in einer Ausschußsitzung des Reichstags erschien, erklärte, er habe sich einen falschen Ausweis verschafft, weil ihm die Ausstellung eines Passes verweigert wurde.

Breslau, 26. Febr. In der Nacht zum 24. Februar wurde in Laurahütte vor dem Fenster der Wohnung eines Grubensteigers namens Gruschkow, der den Polen seit langem verhaßt war, eine Sprengkapsel zur Explosion gebracht. Die Fensterläden und die Fenster des Hauses wurden zertrümmert. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Rom, 25. Februar. Der jugoslavische Minister des Aeußern Nintschitsch ist hier eingetroffen. Sein Besuch bei Mussolini wird als eine Annäherung Südslawiens an Italien gedeutet.

London, 26. Febr. In einem Artikel der „Revue Socialiste" erklärt Macdonald, die Erweiterung des Völkerbundsrats wäre bedauerlich. Spanien habe zwar ein gewisses Recht auf einen Ratssitz, aber nach dieses Recht sei nicht ausreichend, um einen Anspruch zu begründen. Polen habe überhaupt keinen Anspruch. Wenn man sich endgültig über eine Erweiterung des Völkerbundsrats schlüssig werde, solle man in erster Linie die Rechte der baltischen Staaten berücksichtigen.

London, 26. Febr. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses und der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben auf ihrer gestrigen gemeinsamen Sitzung in London eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zum Anlaß für eine Erörterung von Vorschlägen zur Ernennung anderer Vertreter in den Völkerbundsrat oder für irgend einen Tauschhandel bezüglich der Vermehrung der Mitgliedschaft des Rats gemacht werden dürfe.

Glasgow, 26. Febr. Der Nationale Rat der Gewerkschaften hat mit einer Mehrheit von drei zu eins den Beschluß der Liverpooler Konferenz bestätigt, nach dem die Kommunisten aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen werden sollen. Beinahe 80 000 Personen haben an der Abstimmung teilgenommen.

Washington, 25. Febr. Heute wurde bekannt, daß der Marineausschuß des Repräsentantenhauses den Bau von zwei starren Luftschiffen von je sechs Millionen Kubikfuß Rauminhalt empfohlen hat. Die Luftschiffe sollen armiert werden mit je sieben schweren Maschinengewehren (Kaliber 50) und 18 leichten Maschinengewehren (Kaliber 30), außerdem mit einer großen automatischen Revolverkanone.

Winzerdemonstrationen in Bernkastel.

Bernkastel, 25. Febr. Für heute nachmittag war hier eine Winzerversammlung angesetzt, in der u. a. die Reichstagsabgeordneten Kaas und Guerard sprechen sollten. Schon lange vor Beginn der Versammlung strömten Hunderte von Winzern aus den umliegenden Dörfern in Bernkastel zusammen. Schließlich hatten sich 1500 bis 2000 Personen versammelt, die aus einem bisher noch nicht aufgeklärten Anlaß unter Vorantragung einer schwarzen Fahne und unter Mitführung von zahlreichen, auf die Not der Winzer bezugnehmenden Schildern vor das Finanzamt zogen. Dort wurden sämtliche Fenster mit Steinen eingeworfen. Ehe noch drei herangezogene Landsjäger etwas ausrichten konnten, stürmte die Menge das Finanzamt, mißhandelte die sich entgegenstellenden Finanzbeamten, warf sämtliche in den Zimmern befindliche Gegenstände und alle Akten auf die Straße, wo sie aufgestapelt und angezündet wurden. Der Zug ging dann zur Finanzkasse, die gleichfalls gestürmt wurde. Auch wurden alle in der Kasse befindlichen Gegenstände, darunter auch der Geldschrank, auf die Straße gestürzt und alles Brennbare verbrannt. Weiter ging der Zug auf die andere Moselseite zu dem dort liegenden Zollamt, wo sich das gleiche wiederholte. Die angekündigte Versammlung fand schließlich statt. Sie verlief ohne weitere Zwischenfälle. In der nach den gemeldeten Demonstrationen schließlich unter freiem Himmel zustande gekommenen Versammlung sprachen die Abgeordneten Kaas, Kerp, von Guerard und Reuses, wie auch in den in diesen Tagen in Koblenz, Kochem und Trier abgehaltenen Kundgebungen. Scharf verurteilten sie die der Versammlung vorausgegangenen Ausschreitungen und mahnten eindringlich zur Besonnenheit. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die einzelnen aus den früheren Versammlungen bekannten Forderungen aufzählten. Mit einem Hoch auf das Moselland wurde die Versammlung geschlossen. Die Winzer gingen dann in Ruhe auseinander und kehrten in ihre Heimatdörfer zurück.

Die Gemeindebehörden und die Durchführung des Volksbegehrens.

Berlin, 25. Febr. Pressenachrichten zufolge sollen sich einzelne Gemeindebehörden auf dem Lande geweigert haben, für das Volksbegehren Eintragungslisten entgegenzunehmen mit der Begründung, es sei ihnen über Auslegung der Eintragungslisten bisher keine Anweisungen von der vorgesetzten Dienstbehörde zugegangen. Hierzu ist zu bemerken, daß das Volksbegehren durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 15. Februar, verkündet im Reichsanzeiger vom 16. Februar, zugelassen und die Eintragungsfrist festgesetzt ist. Damit ist die Verpflichtung der Gemeindebehörden entstanden, Eintragungslisten entgegenzunehmen, auch wenn ihnen eine Mitteilung der vorgesetzten Dienstbehörde noch nicht zugegangen ist. Der Reichsminister des Innern hat bereits durch Rundschreiben vom 16. Februar die Landesregierungen gebeten, alle Gemeinden mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen. Diese dürften inzwischen wohl in allen Ländern ergangen sein.

Richtigstellung des Reichsministeriums des Innern.

Berlin, 25. Febr. Der „Vorwärts" bringt in der Abendausgabe vom 24. Februar Ausführungen des Abg. Obuch im Femeuntersuchungsausschuß des Landtags, wonach der Fememörder Schultz während der Wirksamkeit des deutschnationalen Abg. Schiele als Reichsminister häufig im Reichsinnenministerium aus- und eingegangen sei. Es habe sogar nicht viel gefehlt und der Fememörder Schultz wäre vom Reichsinnenministerium selbst übernommen worden. Demgegenüber stellt das Reichsinnenministerium fest, daß Schultz nach dienstlicher Erklärung der in Frage stehenden Beamten des Reichsinnenministeriums ihnen persönlich nicht bekannt ist und sie auch niemals aufgesucht hat.

Reichsfinanzminister und Sommerbauprogramm.

Berlin, 25. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwiderte im Haushaltsausschuß des Reichstags auf Ausführungen des Abg. Erkelenz (Ztr.), daß sich die Reichsregierung bereits eingehend mit dem Bauprogramm für den Sommer beschäftigt habe. Zunächst seien Erhebungen darüber angestellt worden, wie viele ausgelernte Bauarbeiter überhaupt für das neue Bauprogramm zur Verfügung stehen. Eine Durchführung des Bauprogramms in großem Umfang sei der Regierung schon deshalb wichtig, weil das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe zahlreichen anderen Gewerben Brot und Arbeit gebe. Von der Hauszinssteuer würden 15 bis 20 Prozent diesem Bauprogramm zufließen. Wenn die Hauszinssteuer einen Betrag von insgesamt 5 Milliarden Mark ergebe, so würden für das Bauprogramm 750 bis 1000 Millionen Reichsmark verfügbar sein. Wenn man diese Summe z. B. als Verbilligungshypotheken für die Banken verwende, so könne auf dem Baumarkt viel erzielt werden.

Zur Fürstenabfindung.

Berlin, 25. Febr. Im Rechtsausschuß des Reichstags teilte Reichskommissar Oberst Kuentzer über die Stellungnahme der Landesregierungen folgendes mit: Vier Regierungen erklären, daß sie keine reichsgesetzliche Regelung wünschen; zwei, daß sie zwar die reichsgesetzliche Regelung, nicht aber die Rückwirkung auf ihr Land wünschen. Fünf Regierungen haben sich auf die Frage der Reichsregierung noch nicht geäußert. Die Reichsregierung habe nunmehr telegraphisch bei allen Landesregierungen angefragt, ob die Auseinandersetzung als endgültig erledigt angesehen werde, ob, wie sie erledigt sei, die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Auseinandersetzung auf Grund des Reichsgesetzes wünschenswert werde, ob, wo nur über einzelne Vermögensstücke endgültig entschieden sei, das Land die Rückwirkung auch auf diese Fälle wünsche. Ein Vertreter der preußischen Regierung schilderte dann eingehend den Verlauf der komplizierten gerichtlichen und außergerichtlichen Auseinandersetzungen über den Besitz der Herrschaft Flatow-Krojanke mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Hohenzollern. **Der Staat habe nicht weniger als 1 700 000 Mark an Gerichtskosten zahlen müssen.** Nach eingehender Aussprache wurde mit 12 gegen 7 Stimmen folgender Antrag v. Richthofen (Dem.) angenommen: „Ist vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Auseinandersetzung in einem Lande bereits durch Urteil, Schiedsspruch, Vergleich oder Vertrag endgültig erledigt worden, so können beide Parteien binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Sache vor das Reichsfondergericht bringen. Das Reichsfondergericht hat zu prüfen, ob das Urteil, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich in seinen jetzigen wesentlichen Bestimmungen den Vorschriften des § 5 zuwiderläuft. Stellt das Reichsfondergericht dies fest, so hat es unter Aufhebung des Urteils, Schiedsspruchs, Vertrages oder Vergleiches nach diesem Gesetz zu verfahren." Damit war der ursprüngliche § 7 des Kompromißentwurfes gefallen. Angenommen wurde mit 13 Stimmen bei neun Enthaltungen ein Antrag des Zentrums und der Deutschdemokraten, wonach in § 2 eingefügt werden soll, daß als nicht endgültig erledigt gelten sollen die Fälle, die nur für Teile der Auseinandersetzungsmasse oder nur für einzelne Mitglieder des beteiligten Fürstenhauses entschieden sind.

Deutsche Industriekredite für Rußland.

Berlin, 25. Febr. Im Zusammenhang mit dem abgeschlos-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ſenen Wirtſchaftsabkommen hat die deutſche Regierung ſich bereit erklärt, die Verhandlungen der Organe der Union der Sowjetrepubliken über die Gewährung von Induſtriekrediten durch die deutſche Wirtſchaft nach Möglichkeit zu unterſtützen und ihre Durchführung zu erleichtern. Bei dieſer Bereitwilligkeit ging ſie von der Erkenntnis aus, daß bei den beſonderen Wirtſchaftsbedingungen der Union der Sowjetrepubliken und deren weit über das normale Waren- und Kreditgeſchäft hinausgehende Kreditbedürfnis ein Vertragsabſchluß allein nicht ausreichen kann, um bei der ſchwierigen deutſchen Wirtſchaftslage den einzelnen Induſtriellen die im deutſchen Exportintereſſe liegende weitgehende Ausnutzung der Abſatzmöglichkeiten zu ſichern. Auf Grund ſehr eingehender Vorbeſprechungen der beteiligten Reſſorts hat die Reichsregierung nach erfolgtem Austauſch der Ratifikationsurkunden den im Rahmen ihrer Regierungserklärung liegenden Beſchluß gefaßt, durch die Uebernahme einer 35prozentigen Garantie deutſche Induſtrielieferungen im Geſamtbetrage von 300 Millionen Reichsmark an die Wirtſchaftsorgane der Union der Sowjetrepubliken zu ermöglichen und dadurch der deutſchen Wirtſchaft beſſere Möglichkeiten zur Steigerung des deutſchen Exports zu verſchaffen. Die Garantien ſind für 150 Millionen bis Ende 1928 befriſtet und auf Warengattungen beſchränkt, die den nachweislichen Charakter eines zuſätzlichen Exports tragen müſſen, während die weiteren 150 Millionen bis Ende 1930 befriſtet ſind und nur für Warenlieferungen in Anſpruch genommen werden können, die der Ausrüſtung beſtimmter ruſſiſcher Induſtrien dienen. Mit der Durchführung der Garantieerteilung im einzelnen innerhalb der durch die Beſchlüſſe der Reichsregierung gezogenen Grenzen wird eine interminiſterielle Stelle befaßt, die in kürzeſter Zeit eine entſprechende Bekanntmachung veranlaſſen wird. Die Reichsregierung, die gleichzeitig wegen der Verſtärkung der Garantie um 25 Prozent, alſo bis 60 Prozent, an die Länder herangetreten iſt und damit allen leiſtungsfähigen deutſchen Firmen die Ausnützung der im Rahmen der Garantie liegenden Exportmöglichkeiten in die Union der Sowjetrepubliken gewährleiſtet, erhofft durch ein verſtändnisvolles Zuſammenwirken aller beteiligten Wirtſchafts- und Finanzkreiſe die ſchnellſte Durchführung des Programms und damit die ſofortige Belebung des deutſchen Arbeitsmarktes. Durch dieſes weitgehende, für die deutſche Volkswirtſchaft ſo bedeutungsvolle Zugeſtändnis hat die Reichsregierung dem Geiſte der Oktoberverträge erneut Ausdruck gegeben und ſieht in dem damit verbürgten wachſenden Wirtſchaftsverkehr die beſte Gewähr für die im Intereſſe beider Länder liegende Vertiefung ihrer gegenſeitigen Beziehungen.

Deutſchland oder Polen?

Berlin, 25. Febr. Lord Robert Cecil hat es für zweckmäßig gehalten, im engliſchen Oberhaus als Regierungsvertreter — ohne allerdings Namen zu nennen — die deutſche Regierung etwas abzukanzeln, indem er uns Verhaltungsmaßregeln darüber geben wollte, daß wir uns durch die Schärfe der von Deutſchland angeſchlagenen Tonart nichts nützen würden. Das ſei nicht die Art und Weiſe, wie man Völkerbundsfragen behandle. Lord Robert Cecil übergeht dabei nur, daß es in erſter Linie auch nicht die Art und Weiſe iſt, wie man Vertrauensfragen behandelt, wenn man hinter dem Rücken des einen Kontrahenten die Bedingungen, auf die hin ein Geſchäft abgeſchloſſen wurde, nachträglich zu ändern ſucht. Tatſächlich ergibt ſich aber auch aus dieſer Auskunft, daß die engliſche Regierung nicht recht weiß, was ſie will. Chamberlain iſt einer Erweiterung des Völkerbundsrats geneigt, andere Kabinettsmitglieder ſind ebenſo entſchieden dagegen. Man ſpricht auch in England bereits von Unſtimmigkeiten, die Chamberlain benützen möchte, um mit einem Blankowechſel nach Genf zu fahren, während auf der anderen Seite nicht zuletzt von den Dominions, die den deutſchen Standpunkt verfechten, darauf hingearbeitet wird, daß vor Genf bereits ein Beſchluß des engliſchen Kabinetts herbeigeführt wird. Inzwiſchen iſt die Entſendung des Reichskanzlers nach Genf wohl nicht mit Recht von allen Seiten dahin verſtanden worden, daß dem Reichsaußenminiſter nicht die Verantwortung für die Möglichkeiten, die ſich in dieſem Kampfe um die Ratsſitze ergeben könnten, allein überlaſſen werden ſollen, daß vielmehr der Kanzler mitfährt, um, wenn es ſein muß, das deutſche Aufnahmegeſuch zurückzuziehen. Mit aller Entſchiedenheit ſtellt die „Tägliche Rundſchau" auch heute wieder feſt, daß Deutſchland für eine Löſung nicht zu haben ſei, die den Charakter des Völkerbundsrats grundlegend ändert. Es ſteht England und Frankreich frei, den Völkerbundsrat durch ſo viele Mächte zu erweitern, wie ſie wollen, nur auf eine Erweiterung durch Deutſchlands Zuwahl werden ſie in dieſem Falle verzichten müſſen. Das iſt eine Sprache von erfreulicher Deutlichkeit, daran vorbei gibt es keine Kompromiſſe.

Engliſcher Dank für die Rettungstat der „Bremen".

Bremen, 25. Febr. Auf Einladung des hieſigen großbritanniſchen Konſulats fand heute mittag in Gegenwart von Vertretern der engliſchen Botſchaft in Berlin, der fremdländiſchen Konſulate, aller Kreiſe der Schiffahrt und des Handels, der bremiſchen Zivilbehörden, die feierliche Ueberreichung eines Ehrengeſchenks des Beard of Tkade in London an den Kapitän Wurpts des Norddeutſchen Lloyddampfers „Bremen" anläßlich der Errettung eines Teiles der Mannſchaft des engliſchen Dampfers „Lariſtan" aus Seenot ſtatt. Botſchaftsrat Addiſon von der engliſchen Botſchaft in Berlin ſprach zunächſt im Namen der engliſchen Regierung Wurpts, ſowie ſeinen Offizieren und Mannſchaften für die nach 36 Stunden heldenmütigſter Anſtrengung erfolgreich durchgeführte Rettung die höchſte Anerkennung und wärmſte Dankbarkeit aus und überreichte darauf ein Ehrengeſchenk in Form eines ſilbernen Tafelaufſatzes. Kapitän Wurpts dankte für die ehrende Anerkennung und erklärte, daß er und ſeine Leute nur die Pflicht getan hätten, die er wie alle Schiffe der deutſchen Handelsflotte, auch fernerhin tun würden.

Skrzynski über Locarno und Genf.

Warſchau, 25. Febr. Im polniſchen Sejm ſprach heute aus Anlaß der Beratungen über die Locarno-Verträge der polniſche Premierminiſter Graf Skrzynski über den Geiſt von Locarno und den Anſpruch Polens auf einen Sitz im Völkerbundsrat. Er erklärte u. a.: Der Locarnovertrag bedeute noch nicht die vollſtändige! Pazifizierung Europas. Er ſei aber der Anfang der friedlichen Beſtrebungen der ganzen Welt. Weiter betonte Skrzynski, daß Deutſchland zweifellos nach dem Locarnovertrag in den Völkerbund aufgenommen werden müſſe. Die Ausführungen Skrzynskis über die polniſchen Beſtrebungen, einen ſtändigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten, waren ſehr vorſichtig gehalten. Skrzynski erklärte nur, er hoffe, daß die Frage wegen eines ſtändigen Ratsſitzes Polens in dem Geiſte von Locarno gelöſt werde. (Armer Geiſt von Locarno, was ſollſt du alles vollbringen! Schrift.) Zum Schluß gab Skrzynski der Hoffnung Ausdruck, daß diejenigen Staatsmänner, die den Vertrag von Locarno unterzeichnet hätten, darunter der deutſche Außenminiſter Dr. Streſemann, auch diesmal in Genf an der vollſtändigen Befriedung aller Nationen arbeiten würden.

Kundgebungen für den ſpaniſchen Ratsſitz.

Madrid, 25. Febr. In der juriſtiſchen Akademie veranſtaltet die ſpaniſche Völkerbundsvereinigung mit Zuſtimmung der Regierung eine feierliche Kundgebung für ſofortige Gewährung eines ſtändigen Ratsſitzes an Spanien.

Die Stellung der engliſchen Regierung zur Frage der Ratserweiterung.

London, 26. Febr. Der Sonderberichterſtatter des „Mancheſter Guardian" in London ſchreibt: In britiſchen amtlichen Kreiſen wird die Auslegung der Rede Chamberlains in Birmingham, daß die britiſche Regierung beſchloſſen habe, das franzöſiſch-polniſche Argument zu gunſten einer ſofortigen Erweiterung des Völkerbundsrats durch andere ſtändige Mitglieder außer Deutſchland zu unterſtützen, als unrichtig bezeichnet. Es wird jedoch zu verſtehen gegeben, daß in der vorgeſtrigen Kabinettsſitzung Chamberlains Erſuchen, ihn nächſte Woche mit freien Händen nach Genf gehen zu laſſen, ſtattgegeben wurde.

Japan und Braſilien gegen eine ſofortige Vermehrung der Völkerbundsratsſitze?

Berlin, 26. Febr. Die „Voſſ. Ztg." weiß aus London zu melden: Die japaniſchen diplomatiſchen Vertreter bei den Regierungen der Alliierten haben die Erklärung abgegeben, daß Japan im Völkerbundsrat gegen jede Vermehrung der ſtändigen Ratsſitze über Deutſchland hinaus ſtimmen werde. Braſilien hat gleichzeitig erklärt, daß es ſeine Kandidatur auf einen ſtändigen Ratsſitz fallen läßt, wenn ihm von den ſtändigen Ratsmitgliedern die Zuſicherung gegeben wird, daß mit Deutſchland kein Abkommen getroffen wird, das geeignet ſein könnte, die Wiederaufnahme ſeiner Kandidatur zu einem ſpäteren Zeitpunkt unmöglich zu machen.

Berufsberatungsſtelle u. Lehrſtellenvermittlung

Nächſter Sprechtag: **Samstag den 27. Februar 1926, vormittags 9—12 Uhr.**

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.

Altburg—Weltenſchwann—Speßhardt.

Stammholz-Verkauf.

Aus den Gemeindewaldungen kommen am **Freitag, den 5. März 1926, nachmittags 2 Uhr,** auf dem Rathaus in Altburg im Submiſſionsweg zum Verkauf und zwar von

Altburg: 26 Forchen mit Fm.: Langholz: 12,37 III., 2,32 IV., 0,60 V.; Sägholz: 5,60 II., 0,28 III. Klaſſe. — 73 Tannen: Langh.: 16,19 I., 18,43 II., 17,43 III., 12,64 IV., 4,39 V.; Sägholz: 0,27 III. Kl.

Weltenſchwann: 26 Forchen mit Fm.: Langholz: 7,51 III., 7,39 IV., 0,28 V.; Sägholz: 2,72 II., 0,49 III. Klaſſe. — 34 Tannen mit Fm.: Langholz: 1,41 II., 8,61 III., 7,56 IV., 3,98 V. Klaſſe.

Speßhardt: 51 Forchen mit Fm.: Langholz: 23,20 III., 10,85 IV., 0,66 V.; Sägholz: 5,85 II. Kl.

Schriftliche Angebote, in Prozenten der neuen Landesgrundpreiſe ausgedrückt, werden bis zum Verkaufstermin erbeten an

Schultheißenamt Altburg.

Stammholz-Verſteigerung

des **Bad. Forſtamts Langenſteinbach** am **Dienstag, den 2. März ds. Js., vorm. 9 Uhr,** im Rathaus in **Langenſteinbach** aus Staatswald Diſtr. „Rappenbuſch", „Hermannsgrund" und „Winterhalde": 4 Eichen IV. und V. Kl. gleich 2 Fm.; 16 Buchen III. und IV. Klaſſe gleich 14 Fm.; 43 Forlen- und Lärchenſtämme gleich 2 Fm. I., 19 Fm. II., 8 Fm. III., 3 Fm. V. und VI. Kl.; 115 Forlen-Abſchnitte gleich 35 Fm. I., 86 II., 12 III. Kl.; 21 Fichten- und Tannenſtämme IV.—VI. Kl. gleich 5 Fm. Vorzeiger: Oberforſtwart Schäfer in Obermutſchelbach.

Am **Mittwoch, den 3. März ds. Js., vorm. 9 Uhr,** im Gaſthaus zum „Rößle in **Wilferdingen** aus Diſtr. „Buchwald": 74 Eichen gleich 4 Fm. II., 9 Fm. III., 18 Fm. IV., 13 Fm. V. Kl.; 28 Buchen II.—IV. Kl. gleich 20 Fm.; 3 Birken V. Kl. gleich 1,6 Fm.; 2 Elsbeeren V. Kl. gleich 0,7 Fm.; 11 Forlenſtämme II.—VI. Kl. gleich 6,32 Feſtm.; 92 Forlenabſchnitte gleich 13 Fm. I., 26 Fm. II., 23 Feſtm. III. Kl.: 43 Fichtenſtämme II.—VI. Kl. gleich 18 Fm.; 23 Fichtenabſchnitte I.—III. Klaſſe gleich 20 Feſtm. Vorzeiger: Förſter Nonnenmacher in Wilferdingen. Losauszüge durch das Forſtamt.

Freiw. Feuerwehr Neuenbürg.

Auf die morgen **Samstag abend 8 Uhr** in der **„Eintracht"** ſtattfindende

General-Verſammlung

wird nochmals aufmerkſam gemacht und zu zahlreichem Beſuch höflichſt eingeladen.

Der Verwaltungsrat.

W. Forſtamt Neuenbürg.

Laubſtamm- und Beigholz-Verkauf.

Am **Montag den 8. März 1926,** vormittags 10 Uhr, im Rathaus in **Neuenbürg** aus Staatswald Holzberg, Mönchswald, Neureut, Brenntenwäldle, Kohlrank, Kahlerberg, Eidesplatte, Hundloh, Büchert, Buckel, Viereichen, Bildſtöckle, Stefanspfad, Kieſelrain, Heuberg, Schillingsſitz, Fuchsloch, Schnepfenrain, Engentürle, Jägeracker, Straubenhardt, Herrenacker, Dennacherberg, Gſäßberg, Scheppele, Salmisgrund, Tröſtbachebene, Forchenhau, Mißlesgrund, Bügel und Erdfall: **Eichen** Fm.: 2 I., 5 II., 7 III., 1 IV.; **Rotbuchen:** 3 II., 20 III., 6 IV.; **Beigholz** Rm.: **Eiche:** Spälter 1,2 lg. 12, Schtr. 12, Nutzh.-Ausſch. 17, Anbruch 49; **Buche:** Spälter 39, Schtr. 71, Prgl. 3, Klotzh. 227, Anbr. 29; Uebr. Lbh. 14; Ndh.: Prgl. 9, Anbr. 457. Losverzeichniſſe durch die Forſtdirektion G.ſ.H. Stuttgart.

Von unſeren Loſen haben gewonnen die Nummern mit den Endzahlen

229-302-307-356-363-399.

Auskunft bei
Vorſtand Eſſich.

Neuenbürg.

Heute Freitag

Schlachtpartie,

wozu freundlichſt einladet

Kienzle zum „Adler".

Neuenbürg.

Morgen Samstag

Metzelſuppe im „Felſenkeller",

wozu höfl. einladet

E. Schäfer.

Arnbach.

Zu verkaufen

zum Abbruch einen **Wagenſchuppen** auf Pfeiler, 10 m breit und 10 m lg., mit Ziegel, ebenſo einen **Zweiſpänner-Kuhwagen.**

Stoß.

Neuenbürg.

Geſchäfts-Empfehlung.

Mit dem heutigen Tage habe ich den

Laden,

den ſeither der **Obſt- und Gartenbauverein Neuenbürg** betrieb, übernommen und führe denſelben unverändert weiter.

Ich bitte die verehrl. Einwohnerſchaft um geneigten Zuſpruch.

A. F. Hauß.

Radfahrerverein „Edelweiß", Langenalb.

Am kommenden **Sonntag den 28. ds. Mts.** hält der Verein eine

Abend-Unterhaltung

im Gaſthaus zum **„Lamm"** ab, wozu Freunde und Gönner der Sache höflichſt eingeladen ſind.

Der Vorſtand.

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert raſch die

C. Meeh'ſche Buchhandlung, Neuenbürg.